

Der Meloni-Faktor in der Euro-Wahl

In der Schweiz bewirtschaftet die Rechte den Widerwillen gegen Europa. Die Europäische Union wird der Wählerschaft als Feind vorgehalten. In Italien führt Ministerpräsidentin Giorgia Meloni das Gegenteil vor: Postfaschistisch zuhause, betont europäisch auf dem Kontinent. Sie will die EU nicht mehr abschaffen, sondern verändern. Die EU-Wahlen (6.-9.Juni) sind ihr Sprungbrett.

Von Daniele Piazza

In Brüssel gemässigt, in Rom postfaschistisch. Die zwiespältige Haltung der italienischen Premierministerin Giorgia Meloni ist schlau. Die EU ist ruhiggestellt und schliesst die Augen vor der Erosion der Demokratie in Italien. Die anfänglichen Ängste in Brüssel sind verflogen seit Meloni die NATO und die Ukraine rückhaltlos unterstützt. Nochmals gestiegen ist ihr Kurs, als sie ihren Freund Viktor Orban überredete, auf das Veto gegen die europäische Waffenhilfe an die Ukraine zu verzichten und seine Hingabe an Putin beiseitezulegen.

Melonis pro-europäische Konversion, begleitet von ihrem römischen Charme, hat ihre Absichten zur Verschärfung der europäischen Migrationspolitik begünstigt. Durch Besuche in Lampedusa, Tunesien, Ägypten und Libanon mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen brachte sie die Auslagerung von Asylverfahren ins Ausland ins Spiel. Zwischen den beiden Frauen hat sich eine freundschaftliche, durch gemeinsame politische Interessen gefestigte Beziehung entwickelt. Meloni redet nicht mehr von der "bankrotten Hoffnung der EU", sondern hebt hervor, dass "Italien als Vorreiterin in Europa ins Zentrum der europäischen Entscheidung zurückkehren muss". Mit ihren Wahlerfolgen und dem Vormarsch der extremen Rechten im europäischen Parlament ist der Einfluss der italienischen Regierungschefin in Brüssel gewachsen. Von der Leyen ist ihrerseits auf Melonis Unterstützung angewiesen, wenn sie als Kommissionspräsidentin bestätigt werden will – umso mehr, als die italienische Premierministerin zur Führung einer rechtsextremen Front im europäischen Parlament prädestiniert zu sein scheint.

"Italien verändert Europa"

Giorgia Meloni gibt sich damit nicht zufrieden. In den Mittelpunkt ihrer Eurowahl-Kampagne stellt sie den Slogan *I'Italia cambia l'Europa*: "Italien verändert Europa". Sie präzisiert: "Vor anderthalb Jahren haben wir die Wahlen gewonnen und sind dabei, Italien zu verändern. Jetzt ist der Moment gekommen, den Einsatz zu erhöhen und Europa zu verändern".

Dies müsste alle Alarmglocken schrillen lassen. Denn die Veränderungen durch die Entscheide der Regierung Meloni erodieren auf schleichende, hinterhältige Art die italienische Demokratie. Die Liste ist lang. Sie beginnt mit der Weigerung, sich explizit von der faschistischen Vergangenheit zu distanzieren. In Melonis Wählerschaft sind nicht wenige Mussolini-Nostalgiker, in ihrer Partei, Fratelli d' Italia, und in der Regierungsmannschaft haben sich Sympathisanten des Faschismus so bedeutsam eingenistet, dass die Regierungschefin direkte Verweise auf den Antifaschismus – ein Grundprinzip der italienischen Verfassung – vermeidet. Wer ihr das vorwirft, wird zum Schweigen gebracht. So hat die öffentliche Radio/TV-Anstalt RAI, von Meloni kontrolliert, einen entsprechenden Beitrag des bekannten Autors und Faschismusexperten Antonio Scurati zensuriert. "Solange der Begriff "Antifaschismus" von den Regierenden nicht ausgesprochen wird, sucht das Gespenst des Faschismus die italienische Demokratie heim", hatte er zu sagen beabsichtigt. Scurati ist keine Ausnahme. Zahlreiche Journalisten der geschriebenen Presse und in Radio und Fernsehen verloren ihre Arbeitsplätze, wurden auf Abstellgleise gestellt oder durch Denunziationslawinen, die als Einschüchterungsinstrumente eingesetzt werden, zum Schweigen gebracht, Die Angriffe auf die Pressefreiheit geschehen ohne jegliche Scham.

Ein weiterer Bereich, den die extreme Rechte politisch besetzt, ist die Abtreibung. In einer Rede wandte sich eine regierungstreue RAI-Journalistin vehement dagegen, indem sie den Schwangerschaftsabbruch nicht als Recht, sondern als Straftat bezeichnete. Das liegt auf einer Linie mit Melonis Lobpreisung der traditionellen christlichen Familie. Allerdings legt sich die Premierministerin nicht auf ein Abtreibungsverbot fest, im Wissen, dass sie sich damit gegen die grosse Mehrheit der Bürgerschaft stellen würde, welche das Recht der Frau auf Schwangerschaftsabbruch gutheisst. Aber ihre Regierung sucht nach Wegen, die Abtreibungen zu erschweren. Über die bürokratischen Hürden und den Mangel an geeigneten Kliniken hinaus erhalten die Anti-Abtreibungsgruppen freie Hand für ihre Einschüchterungskampagnen, sogar in den Beratungsstellen für abtreibungswillige Frauen. Mit Melonis sympathischen Auftritten – "nennt mich Giorgia, ich bin eine von Euch, eine aus dem Volk" – hat das nichts zu tun. Solche Worte klingen wie Spott, auch für die Ärmsten, denen per SMS mitgeteilt wurde, dass ihre Fürsorgeleistungen gekürzt werden, während die Reichen sich immer wieder an Straferlassen und Amnestien bei Steuervergehen freuen können.

Machtkonzentration und kulturelle Hegemonie

All das berührt die grosse Popularität von Giorgia Meloni nicht. Sie fühlt sich dazu legitimiert, die Agenda der extremen Rechten zu verfolgen. So mit einer Verfassungsreform, welche die Macht der Regierungschefin auf Kosten der Kontroll-Funktionen des Staatspräsidenten stärken soll. Das Ziel ist die Konzentration der Macht und eine kulturelle Hegemonie der Rechten. Giorgia Meloni verfolgt es offen, und ohne Zeit zu verlieren. Sie besetzt Terrain, indem sie treue Verbündete, klar auf der Rechten, an die Spitze von Theatern, Museen setzt, auch in die Leitung der

Biennale von Venedig. Die kulturelle Freiheit ist für eine offene, liberale Gesellschaft ebenso fundamental wichtig wie die Pressefreiheit. Noch sind diese Freiheiten in Italien nicht totgeschlagen, aber sie erleiden eine Wunde nach der anderen.

Hinter ihrem bezaubernden Charme ist dies das finstere Gesicht von Giorgia Meloni. Die italienische Premierministerin schickt sich an, nach den europäischen Wahlen die Führung einer geschlossenen national-populistischen Rechten zu übernehmen. Mit möglichen Allianzen, vor allem mit den traditionellen Konservativen, kann sie den politischen Schwerpunkt im europäischen Parlament nach rechts verschieben. Der Prozess der Anerkennung und Normalisierung der Parteien der extremen Rechten mitsamt ihrer national-populistischen, postfaschistischen, sogar neonazistischen Gestalt, akzentuiert sich. Das ist zwar keine Subversion. Aber eine gefährliche Erosion der Europäischen Union und der Demokratie.